

Ende der Gratistests – sinnvoll oder nicht?

Per 1. Oktober ist Schluss: Das Land Liechtenstein übernimmt die Kosten für Covid-19-Tests bald nicht mehr – Testwillige müssen also ins eigene Portemonnaie greifen. Die Massnahme ist umstritten – und auch die Fraktionssprecher der vier Parteien im Landtag sind verschiedener Meinung darüber, ob die Regierung die richtige Entscheidung getroffen hat. **Valeska Blank**

Thomas Rehak, DpL

«Der Schuss der Regierung könnte nach hinten losgehen»

Die Gratistests abzuschaffen, ist keine gute Entscheidung. Tests sind eine einfache Möglichkeit, eine Infizierung früh zu erkennen. Daran sollte der Staat doch ein Interesse haben. Der Schuss der Regierung könnte nach hinten losgehen: Wenn es wieder kostenpflichtig ist, werden sich sicher viele nicht testen lassen, weil sie nicht bereit sind, so viel dafür zu bezahlen. So eine Entwicklung wäre gefährlich, gerade



mit Blick auf die ansteckendere Delta-Variante und die wieder steigenden Fallzahlen. Ich finde darum: Das Testangebot im Land sollte kostenlos bleiben. Dafür werde ich mich im September-Landtag stark machen – und andere Abgeordnete sicher auch. Ausserdem gehen wir durch das Ende der Gratistests langsam wirklich in Richtung indirekten Impfwang, der quasi durch die Hintertüre eingeführt wird.

Daniel Oehry, FBP

«Wir verfügen über genügend Impfstoff und Impftermine»

Seit Ende März 2021 kommt der Staat für die Testkosten auf. Dieser kostenlose Zugang war für mich eine Grundvoraussetzung. Nicht alle konnten sich impfen lassen und darum war es wichtig, für alle diese Tests kostenlos anzubieten. Seit einigen Wochen können nun alle Personen ab 12 Jahren selbst entscheiden, ob sie diesen Weg gehen wollen. Wir verfügen in Liechtenstein über ausreichend Impfstoff und auch über genü-



gend Termine und bieten ein niederschwelliges Impfangebot kostenlos an. Wer sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen kann oder der Gruppe der Kinder unter 12 Jahren angehört, muss weiterhin kostenlosen Zugang zu Tests bekommen. Alle anderen Personen haben die Wahl, und darum kann ich den Entscheid der Regierung, dass die Covid-Tests künftig kostenpflichtig sind, nachvollziehen.



Ab Oktober nicht mehr gratis in Liechtenstein: Antigen-Schnelltests in Apotheken. Bild: Keystone

Patrick Risch, FL

«Durch kostenpflichtige Tests steigt die Hemmschwelle»

Dass es länger möglich ist, sich gratis testen zu lassen, werde ich als positiv. Dass danach aber Schluss ist, kann ich nicht nachvollziehen. Alle sprechen von einer vierten Welle und davon, wie gefährlich Delta ist: In einer solchen Situation wäre es doch sinnvoll, weiter kostenlose Tests anzubieten. Wenn die Einwohner ins eigene Portemonnaie greifen müssen, steigt die Hemmschwelle – eventuell verzichten dann viele auf einen



Test und gehen trotzdem unter die Leute, anstatt auf Nummer sicher zu gehen. Auch das Argument, dass der Staat bzw. der Steuerzahler nicht ewig für die Tests bezahlen kann, greift nicht: Lieber, man gibt Geld für Gratistests aus und kann so Schliessungen vermeiden, als dass man durch Ungetestete in eine erneute Welle schlittert und neue scharfe Massnahmen anordnen muss. Letzteres wäre viel teurer.

Manfred Kaufmann, VU

«Für Reisen oder Events nicht mehr Aufgabe des Staats»

Die Verlängerung der Kostenübernahme um einen Monat begrüsse ich sehr, da insbesondere Ferienrückkehrer für Tests animiert werden, was das Risiko für eingeschleppte Infektionen reduziert. Auch steigen aktuell die Fallzahlen wieder an. Diesen Anstieg gilt es zu verfolgen, und allenfalls sollte erneut eine Verlängerung der Gratistests in Betracht gezogen werden. Hierzu müssen auch die wissenschaftlichen Erkenntnis-



se betreffend Ansteckung und Übertragung des Virus von Geimpften beobachtet werden, was wiederum ein vermehrtes Testen von Geimpften bedeuten würde. Bei Symptomen oder für bestimmte Berufsgruppen sollten die Kosten der Tests weiterhin übernommen werden. Für beispielsweise Reisen oder Veranstaltungen sollte es nicht mehr die Aufgabe des Staates sein, die Kosten für die Tests zu übernehmen.

Zahl der Schuldenberatungen ist weiterhin steigend

Bei «Hand in Hand» machen sich finanzielle Coroneffekte auf Privatpersonen klar bemerkbar – anders als beim Amt für Soziale Dienste.

Seit eineinhalb Jahren wirft die Coronapandemie ihren Schatten auf die Welt. Zwar präsentiert sich die Lage nicht zuletzt dank der Impfung mittlerweile deutlich freundlicher. Gleichwohl stellt sich die wirtschaftliche Situation für viele Privatpersonen als Folge von Kurzarbeit, Lohneinbussen oder Jobverlust düster dar, wie Schuldenberater, Exponenten von Behörden und Medien wiederholt aufzeigen.

Auch in Liechtenstein gibt es Indizien für eine steigende finanzielle Belastung der Bevölkerung. Bereits im März 2021 hatte die «Hand in Hand»-Beratungsstelle darauf aufmerksam gemacht, dass die Zahl der Hilfesuchenden zuletzt angestiegen sei. Und dieser Trend hält weiter an. Eine genaue Statistik werde wegen fehlender zeitlicher Ressourcen zwar nicht geführt, so Martina Bocek. Dennoch konstatiert sie: «Die Anzahl der Beratungen nimmt nach wie vor tendenziell zu.»

Ein Zusammenhang mit der Pandemie steht für die Schuldenberaterin dabei ausser Frage. Während der Kurzarbeit hätten viele Familien weniger Geld zur Verfügung gehabt, während feste Ausgaben für Miete, Krankenkasse und Versicherung konstant geblieben seien, erklärt sie. Aber auch Einkünfte aus Nebenjobs seien oft verloren gegangen, wodurch das Haushaltsbudget ins Ungleichgewicht geraten sei. Als weiteren Faktor hat «Hand in Hand» die Schliessung der Geschäfte und den damit verbundenen Boom des Onlineshoppings identifiziert. «Das Bestellen per Klick konnte dazu führen, mehr einzukaufen, als man benötigt», berichtet Bocek. Die sozialen Umstände wirkten dabei mitunter als Verstärker: «Je mehr man in der Pandemie alleine zu Hause sass, umso verführerischer wirkten die Angebote. Vermeidbare und unnötige Ausgaben waren die Folge.» Hinzu komme, dass zahlreiche Onlineanbieter beim

Kauf auf Rechnung die Option auf Teilzahlungen anböten, gibt sie zu bedenken. «Das belastet in der Summe manchen Konsumenten stärker als es ihm vom Budget her möglich wäre.»

Die Beratungsstelle geht davon aus, sich noch längere Zeit gehäuft mit derlei Konstellationen befassen zu müssen. «Es ist damit zu rechnen, dass die Anzahl der Beratungen künftig weiterhin steigt», so Bocek, die vor diesem Hintergrund die Bedeutung zeitnaher professioneller Unterstützung herausstreicht: «Wichtig ist es, dass sich Klienten frühzeitig melden. So kann schneller und nachhaltiger geholfen werden.»

Keine Veränderungen bei den Sozialhilfebeziehern

Anhand der Angaben vonseiten des Amtes für Soziale Dienste (ASD) kann bislang interessanterweise wiederum nicht auf ein signifikantes Mehr an Personen, die mit finanziellen Belastungen zu kämpfen haben, geschlossen

werden. Obschon im öffentlichen Diskurs immer wieder darauf hingewiesen wird, dass etwa hinsichtlich der Sozialhilfeanträge mit verzögerten Effekten zu rechnen sei, haben sich diese in Liechtenstein auch 18 Monate nach Ausbruch der Pandemie noch nicht eingestellt. «Bei den Fallzahlen in der Sozialhilfe gibt es im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres keine signifikante Veränderung. 2020 wurden von Januar bis Juli im Durchschnitt 414 Fälle geführt, im gleichen Zeitraum 2021 sind es durchschnittlich 409 Fälle», sagt der stellvertretende Amtsleiter Andreas Hoop. Ähnlich verhält es sich bezüglich der Mietbeiträge, wo der Kreis der Bezieher für den Zeitraum Januar bis Juli 2021 gegenüber dem Vorjahreszeitraum minimal um 4 Personen auf 226 wuchs. Auch bei den Prämienverbilligungen verzeichnet das ASD nur «einen leichten Anstieg». Bis Ende Juli gingen laut Hoop 2054 Anträge ein.

Die kaum erhöhten Werte erklärt man sich beim Amt primär durch zwei Faktoren. Einerseits, betont Hoop, könne die Lage auf dem Arbeitsmarkt als «sehr stabil» bezeichnet werden. Zum anderen spiegelt sich darin auch die Funktionalität anderer Instrumente wider: «Die vorgelagerten finanziellen Unterstützungsleistungen, die das Amt für Volkswirtschaft er-

bringt, zeigen die gewünschte Wirkung.» Dennoch geht die Behörde davon aus, dass sich die Zahl der Antragssteller künftig nach oben entwickeln wird. «Das Amt für Soziale Dienste rechnet nach wie vor mit einer Zunahme von Personen, die mittelfristig Sozialhilfe benötigen werden», so Hoop.

Oliver Beck



#GARTEHAG

BAUERNREGEL IM AUGUST

Cremen sich die Schweine ein, wird's ein heisser Sommer sein.

Zugegeben, mit Bauernregeln kennen wir uns nicht aus, aber für Zäune, Tore, Lärm- und Sichtschutz, sowie Sicherheitssysteme sind wir Profis.

#GARTEHAG Hardegger
Zeughausstrasse 8 | 7208 Malans | www.gartehag.ch